

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verlagsgesellschaft des Dresdner Nachrichten
Verlag: Leipzig & Reichardt, Dresden-N. I., Marien-
straße 38/32, Fernruf 25241. Postfach 1068 Dresden
Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der
Landeshauptmannschaft Dresden und des Schiedsamtes beim
Oberverwaltungsamt Dresden

Verlagsgesellschaft des Dresdner Nachrichten
Verlag: Leipzig & Reichardt, Dresden-N. I., Marien-
straße 38/32, Fernruf 25241. Postfach 1068 Dresden
Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der
Landeshauptmannschaft Dresden und des Schiedsamtes beim
Oberverwaltungsamt Dresden

Einzige Tageszeitung Sachsens mit Morgen- und Abendausgabe

Bedeutsamer Erlass des Führers

Befriedigungswerk für die evangelische Kirche

Wahl einer verfassunggebenden Generalsynode

Berchtesgaden, 15. Februar.

Der Reichsminister für die kirchlichen Angelegenheiten, Kerrl, hielt am Montag dem Führer Vortrag über die kirchenpolitische Lage. Der Führer gab im Anschluß an den Vortrag folgenden Erlass heraus: Nachdem es dem Reichskirchenauschuß nicht gelungen ist, eine Einigung der kirchlichen Gruppen der Deutschen Evangelischen Kirche herbeizuführen, soll nunmehr die Kirche in voller Freiheit nach eigener Bestimmung des Kirchenvolkes sich selbst die neue Verfassung und damit eine neue Ordnung geben. Ich ermächtige daher den Reichsminister für die kirchlichen Angelegenheiten, zu diesem Zweck die Wahl einer Generalsynode vorzubereiten und die dazu erforderlichen Maßnahmen zu treffen.

Berchtesgaden, den 15. Februar 1937.

Der Führer und Reichkanzler
(gez.) Adolf Hitler.

Der Erlass des Führers über die Einberufung einer verfassunggebenden Generalsynode der Deutschen Evangelischen Kirche ist von größter Bedeutung. Als im Jahre 1933 nach der Machtergreifung der Nationalsozialismus das deutsche Volk eintrat, die Parteien zerfiel und die Länder unter die Führung des Reiches brachte, da ergab sich von selbst die Frage, was aus der in zahllose kleine Landeskirchen zerfallenen evangelischen Kirche in Deutschland werden sollte. Es lag auf der Hand, daß der Einigung des Volkes und der Aufhebung der Länderhoheit auch eine gewisse Zusammenfassung der Landeskirchen hätte folgen müssen, um den alten Traum von der deutschen Einheit vollkommen zu erfüllen. Die Notwendigkeit dieser Zusammenfassung ergab sich von vornherein schon aus dem Gesichtspunkt, daß man schließlich nicht den territorialen Stand Deutschlands von 1906 in einer Zeit vereinen kann, in der alles zu einer Einheit strebt, und die meisten Länder, in denen die Landeskirchen entstanden waren, bereits von der Landkarte verschwunden sind, während die übrigen ihre Länderhoheit haben aufgeben müssen. Schon damals war der nationalsozialistische Staat sich klar darüber, daß ein Eingriff in das Bestehen der Kirche niemals in Frage kommen könne. So wurde, um der Kirche eine Spitze zu geben, unter deren Schutze sich vielleicht allmählich die Einigung der Landeskirchen hätte vollziehen können, ein Reichsbischof bestimmt. Die Einsetzung des Reichsbischofs und die Schaffung einer Spitze der Deutschen Evangelischen Kirche aus den Kräften der Kirche heraus führte jedoch nicht zu dem gewünschten Ziel. Um den Weg für eine Einigung frei zu halten, enthielt sich schließlich der Reichsbischof aller seiner Funktionen. Die Leitung der Kirche übernahm ein aus ergrauten Kirchenführern bestehender Reichskirchenauschuß, dessen Mitglieder den verschiedenen kirchlichen Einrichtungen nahestanden. Entsprechend dem Reichskirchenauschuß übernahmen in den vielen Landeskirchen Landesbischofe die geistliche Leitung. Die besten Bemühungen des Reichskirchenauschußes um eine Einigung innerhalb der evangelischen Kirche blieben erfolglos, weil die einzelnen evangelischen Kirchen immer mehr verhärtet hatten und heute niemand mehr weiß, in

welchem Maße das Kirchenvolk selbst sich zu den Bestrebungen der einzelnen Richtungen positiv oder negativ verhält.

Nun schafft der Erlass des Führers die Grundlage für einen völligen Neuaufbau. Das Wichtigste dabei ist die Tatsache, daß der nationalsozialistische Staat es auch weiterhin entschieden ablehnt, sich in die inneren kirchlichen Angelegenheiten irgendwie einzumischen. Sowohl auf organisatorischem Gebiet als auch besonders auf theologischem, also in den Fragen des Bekenntnisses, wird die Kirche ihre Angelegenheiten selbst zu ordnen haben. Die Voraussetzungen hierfür schafft die Wahl einer Generalsynode, einer kirchlichen Körperschaft, die vom Kirchenvolk auf kirchlichem Boden gewählt werden wird. Der Erlass des Führers bringt eindeutig zum Ausdruck, daß diese Wahl vollkommen frei stattfinden gehen wird. Der Reichskirchenminister Kerrl wird als Sachwalter des Staates lediglich für die Wahlordnung zu sorgen haben. Der durch das Kirchenvolk in der Urwahl berufenen Generalsynode wird die Aufgabe, eine Kirchenverfassung zu schaffen. Auf diese Verfassung kann dann die neue Leitung der Kirche stützen, eine Leitung, die das evangelische Kirchenvolk sich selbst gewählt hat. Bis zu diesem Zeitpunkt werden die bisherigen Kirchenleitungen als gelegentlich anerkannt werden, damit die Lage im kirchlichen Leben, die sich in den letzten Jahren herausgebildet hat, bis zum Zusammentritt der neuen Kirchenleitung aufrechterhalten bleibt.

Der Erlass des Führers und Reichkanzlers bedeutet wiederum einen Friedensbeitrag, diesmal zum inneren Frieden. Das deutsche Volk ist auf politischem Gebiet in den vier Jahren seit der Machtergreifung zu einer unerschütterlichen Einheit zusammengewachsen. Auf religiösem hingegen bestanden bis heute noch immer harte Gegensätze zwischen den einzelnen Richtungen innerhalb der evangelischen Kirche. Jetzt soll auch der religiöse Streit für immer befristet werden. Niemand — ganz gleich, welcher kirchlichen Richtung er angehört — kann bestreiten, daß der Erlass des Führers die Voraussetzungen zu der besten und umfassendsten Lösung der bisherigen Gegensätze schafft. Das evangelische Kirchenvolk hat nun selbst das Wort!

Gefangen in Prag

Was Noabit für Berlin ist, das ist Pantrah für Prag. Hier, in einem ruhigen Bezirk der Hauptstadt der tschechoslowakischen Republik, befindet sich — wenn man so sagen darf — die „vollständigste“ Strafanstalt des ganzen Staates. Hier werden vor allem die politischen „Verbrecher“ gefangen gehalten; zum geringsten Teil Kommunisten, was bei der außenpolitischen Haltung der Prager Regierung nicht weiter verwunderlich ist, in der großen Mehrzahl aber Anhänger der Sudetendeutschen Partei Konrad Henleins. Viele Sudetendeutsche insgesamt in tschechischen Kerker schmachten, wird von amtlicher Seite wohlweislich geheimgehalten. Wagt man für und Wider offenberaus ab, so hat die Zahl 9000 den höchsten Wahrheitswert. Wie dem auch sei — unter allen sudetendeutschen Gefangenen, und noch mehr unter denen, die sich einmal zu ihnen rechneten, macht ein geflügeltes Wort die Runde. Man nennt in ihm die Strafanstalt Pantrah vieldeutig und vielsagend die sudetendeutsche „Hochschule für Politik“. Was das Spitzwort besagen will? Nun, daß alle, die auf die genannte Weise gezwungen werden, sich einmal eingehend, in Ruhe und aus nächster Nähe mit der politischen Praxis des tschechoslowakischen Staates zu befassen, einen Anschauungsunterricht erleben, wie er ihnen sonst durch keine Hochschule geboten werden kann. Und man erzählt sich schmunzelnd weiter, daß jeder, der auch nur einmal in Pantrah einen Besuch abstatte, diese politische Erziehungsanstalt nicht anders denn als völkisch-bewußter Sudetendeutscher verläßt — und wäre er vorher gar Kommunist gewesen.

Pantrah ist aber mehr als eine sudetendeutsche Angelegenheit. Pantrah ist zugleich Symbol für die Prager Unterdrückungspolitik überhaupt. Lord Rothermere, der angesehenste und einflussreichste englische Publizist, hat das mit ähnlichen Worten in einem in aller Welt aufsehen erregenden Aufsatz der „Daily Mail“ erst dieser Tage zum Ausdruck gebracht. Er überschrieb seinen Artikel „Die Gefangenen der Tschechoslowakei“ und meinte damit die dreieinhalb Millionen Sudetendeutschen und die dreiwertel Millionen Ungarn, die infolge der höchst willkürlichen, in Verfallenes beschlossenen Grenzziehung im tschechoslowakischen Staate zu leben gezwungen sind. Eine äußerst heftige Kritik der Tschechoslowakei als solcher, deren Name als „gefälschtes Etikett“ bezeichnet und deren Daseinsberechtigung überhaupt bestritten wurde, ging dieser Feststellung voraus, und ein Hinweis auf die offene Kriegsgefahr, die der in sich gärende und durch das Militärbündnis mit Sowjetrußland außenpolitisch einseitig festgelegte Staat enthalte, beschloß die bemerkenswerten Darlegungen. Es liegt uns Deutschen nun, bei allem Einverständnis, das wir dem Artikel Rothermeres in vielen Punkten entgegenbringen, natürlich fern, uns mit ihm gleichzusetzen. Aber wir müssen uns doch fragen, wie so ein so veranwortungsbewußter, die öffentliche Meinung der Welt mit bestimmender Publizist, wie der Verleger der „Daily Mail“, zu einer so entschiedenen Stellungnahme gelangen kann. Da ist es wertvoll, zu wissen, daß Lord Rothermere keine Kenntnisse aus eigener Anschauung geschöpft und seine Meinung aus eigener Erfahrung gebildet hat. Er hat die Grenzgebiete bereist, er hat sich selbst überzeugt, was an dem „Beheimateten“, auf Grund dessen die Verfallenen Staatsgrenzen der Errichtung der Tschechoslowakei im Jahre 1919 zustimmten, wahr und heute — nach beinahe zwanzig Jahren rückwärtslofer Tschechisierungspolitik — noch gültig ist, und er hat sich insbesondere auch in den Mutterländern der zur Tschechoslowakei geschlagenen nationalen „Minderheiten“ danach erkundigt, ob die ständige Empörung, die hier die tschechischen Unterdrückungsmaßnahmen auslösen, berechtigt sind oder nicht. Das Ergebnis seiner Untersuchungen liegt in dem erwähnten Aufsatz vor, der denn auch vor allem in Ungarn, dessen Revisionsforderungen Lord Rothermere schon immer unterstützte, lebhaft Zustimmung gefunden hat.

Weniger Freude hat die neue englische Attache indessen begreiflicherweise in Prag ausgelöst. Schon lange gerät man sich hier über die mindestens skeptische Haltung, die seit Jahr und Tag der überwiegende Teil aller englischen Zeitungen

Freiwilligenverbot für Spanien ab 20. Februar

Beschlüsse des Londoner Nichteinmischungsausschusses - Grenzkontrolle ab 6. März

London, 15. Februar.

Die für Montag anberaumte Sitzung des gemischten Unterausschusses der sechs Mächte, die sich mit der „portugiesischen Frage“ befassen sollte, wurde verlegt.

Unmittelbar danach trat der Unterausschuß des Vorstehenden des Nichteinmischungsausschusses zusammen. Die in dem Ausschuss vertretenen Mächte kamen in der Sitzung überein, daß das Freiwilligenverbot ab 20. Februar mitternachts in Kraft treten soll, und daß der vom Ausschuss beratene Plan einer Land- und Seekontrolle vom 6. März mitternachts an in Gang gesetzt werden soll. Dieser Beschluß wird bereits am Dienstag dem Gesamtausschuß zur allgemeinen Annahme vorgelegt werden. Der Unterausschuß des Vorstehenden ging dabei von der Erwartung aus, daß sich für die Einzelheiten des Kontrollplanes, wegen der noch gewisse Schwierigkeiten bestehen, die n. a. in einem portugiesischen Vorbehalt zum Ausdruck gekommen sind, eine befriedigende Lösung finden wird.

Die Reichsnotarordnung veröffentlicht

Berlin, 15. Februar.

Im Reichsgesetzblatt Teil 1 Nr. 19 vom 15. Februar wird die Reichsnotarordnung veröffentlicht. Der 1. Teil

behandelt das Amt des Notars, der 2. Teil die Reichsnotarkammer und die Notarkammern, der 3. Teil die Aufsicht und Dienstverhältnisse und der 4. Teil die Ueberrungs- und Schlußbestimmungen.

Tschechischer Diktendbrief gegen Moskau

Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“

Prag, 15. Februar.

In der tschechischen Presse wird ein Diktendbrief des Kardinalbischofs von Prag veröffentlicht, der sich gegen den Bolschewismus und die Sowjetunion richtet. Der Bolschewismus, so heißt es in dem Diktendbrief, zerstreue den Glauben an Gott, lebe die Kirchen in Brand und werfe Hunderttausende in die Kerker. Allein in den Jahren 1917 bis 1928 seien in der Sowjetunion beinahe zwei Millionen Menschen hingerichtet worden, darunter zahllose Bischöfe und Priester. Wäre Sowjetrußland gleiche einer Toteninsel.

„Eine betrübliche Nachricht.“ In Beantwortung einer Anfrage teilte Unterstaatssekretär Lord Cranborne im englischen Unterhaus mit, daß sich im Bezirk von Madrid und auch in Katalonien eine betrübliche Anzahl von Sowjetrußen befinden. Er sei jedoch nicht imstande, die Gesamtzahl genau anzugeben.

Heute Beilage:

„Deutsche Jugend“